

22. Ordentlicher Gewerkschaftstag
vom 9. - 13. Oktober 2017 in Berlin



Mediendienst

Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt
Bundesvorstand - Pressestelle
Olof-Palme-Str. 19
60439 Frankfurt am Main

Verantwortlich
Ruprecht Hammerschmidt

Telefon 069-95 737 135
Fax 069-95 737 138

presse@igbau.de
www.igbau.de

11.10.2017 – PM 95/2017

22. Ordentlicher Gewerkschaftstag der IG BAU

IG BAU fordert Flexibilität zum Vorteil der Beschäftigten

Berlin - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) hat klare Forderungen an die künftige Bundesregierung aufgestellt und ihre Vorstellungen zur Tarifpolitik formuliert. Der gestern (für die Red. 10. Oktober 2017) auf dem 22. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG BAU in Berlin wiedergewählte IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger sagte vor rund 300 Delegierten: „Unsere Anforderungen an die Politik und Lösungsvorschläge haben sich nach der Wahl nicht verändert. Es geht um faire Arbeitsbedingungen und neue tarifpolitische Antworten, um gerechte Verteilung unseres Reichtums, ein friedliches Zusammenleben und eine gerechte Altersversorgung.“

Die Angst vieler Menschen vor Armut im Alter ist trotz Einführung der Rente ab 63 und Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente durch die große Koalition nicht vom Tisch. Die IG BAU bekräftigt die Forderung nach einer Stabilisierung des Rentenniveaus auf 48 Prozent und will, dass das Niveau perspektivisch wieder ansteigt. „In kaum einer Branche gibt es so wenige Beschäftigte zwischen 50 und 65 wie im Baugewerbe. Wen wundert's? Fast nirgendwo sonst muss man die Knochen so hart hinhalten wie am Bau“, sagte Feiger. Gleichzeitig schlägt die IG BAU tarifvertragliche Modelle vor etwa über die stärkere Nutzung von Betriebsrenten oder Lebensarbeitszeitkonten. „Ein Lebensarbeitszeitkonto ist gerade für körperlich hart arbeitende Menschen sinnvoll“, so Feiger. Schließlich sei die oft geforderte Flexibilität keine Einbahnstraße. „Es wird Zeit, dass auch die Arbeitgeber flexibel gegenüber denjenigen sind, die für ihren Profit die Knochen hinhalten sollen.“

Darüber hinaus plädiert die IG BAU für Tarifverträge, die den IG BAU-Mitgliedern einen Mehrwert bieten. „Ich stelle mir Tarifverträge vor, in denen Beschäftigte einen Anspruch auf Teilnahme an Bildungsmaßnahmen haben. Natürlich unter Lohnfortzahlung. Ich kann mir auch Regelungen zur Altersversorgung oder zum Versicherungsschutz vorstellen“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende.

Tariflöhne werden längst nicht flächendeckend gezahlt, deshalb kämpft die IG BAU auch für faire Lohnuntergrenzen. „Unsere Branchenmindestlöhne – aber auch der gesetzliche Mindestlohn – sind leider immer noch unakömmlich. Der gesetzliche Mindestlohn muss aber schnellstens zweistellig vor dem Komma werden“, forderte Feiger.

Insgesamt ist für die IG BAU wichtig, dass die Zukunft gerecht gestaltet wird. Dafür ist die Politik im Bund ebenso gefordert wie in Ländern und Kommunen. Es erfordert eine gemeinsame Anstrengung der Mietpreis-Explosion und der zunehmend verfallenden Infrastruktur etwas entgegenzusetzen. „In fast allen Städten, aber auch im städtischen Umfeld herrscht Wohnungsnot“, stellte Feiger fest. Er forderte den Bau von jährlich 80 000 Sozialwohnungen und weiteren 60 000 Wohnungen zu bezahlbaren Preisen, das heißt mit Mietobergrenze. Anreize dafür können durch erhöhte steuerliche Abschreibungen von derzeit zwei auf drei Prozent gesetzt werden. Bei Sozialwohnungen schlägt er vor, die Errichtungskosten durch das Absenken des Mehrwertsteuersatzes von 19 auf sieben Prozent zu senken.